



ANNA BINDLER

Es ist kompliziert: Warum die „Stadtbild“-Debatte mehr Differenzierung braucht

Anna Bindler ist Leiterin der Abteilung Kriminalität, Arbeit und Ungleichheit im DIW Berlin. Der Kommentar gibt die Meinung der Autorin wieder.



Die Aussagen des Bundeskanzlers zum „Problem im Stadtbild“ haben eine intensive politische und gesellschaftliche Debatte ausgelöst: Es geht um Sicherheit, um Zuwanderung, um Kriminalität – und im Kern um ein (diffuses) Unsicherheitsgefühl. Diese Debatte wird emotional und nicht immer faktenbasiert geführt, weil sie ein Gefühl und damit eine subjektive Wahrnehmung anspricht. Dennoch sollten wir das Thema Sicherheitsgefühl, insbesondere im Zusammenhang mit Zuwanderung, sachlich und differenziert betrachten – ohne Kriminalität zu relativieren, aber auch ohne pauschale Zuschreibungen.

Die aktuelle Diskussion verknüpft unterschiedliche Themen und vermischt sie teilweise: Sicherheit und Sicherheitsempfinden in Städten, die Rolle von Zuwanderung und am Rande auch Gewalt gegen Frauen. Für einen konstruktiven und differenzierten Diskurs wäre es hilfreich, diese Themen klarer zu trennen, um zu erkennen, worum es tatsächlich geht.

Wie steht es also um den Zusammenhang von Zuwanderung und Kriminalität? Zahlen der Polizeilichen Kriminalstatistik zeigen, dass Ausländer*innen im Verhältnis zu ihrem Bevölkerungsanteil häufiger als Deutsche als Tatverdächtige erfasst werden. Doch sobald bekannte Risikofaktoren – Alter, Geschlecht, Bildung, Einkommen oder Arbeitsmarktperspektiven – berücksichtigt werden, verschwindet dieser Effekt weitgehend. Ein ursächlicher Zusammenhang zwischen Migration und Kriminalität lässt sich wissenschaftlich allgemein nicht belegen. Pauschale Aussagen, die beides kausal verknüpfen, greifen demnach zu kurz. Wie steht es um Sicherheit und Sicherheitsempfinden in Städten? Kriminalität ist in urbanen Räumen höher – plausibel, denn hier leben mehr Menschen auf engem Raum. Es gibt mehr Begegnungen, mehr Konsum- und Freizeitmöglichkeiten, aber auch häufiger prekäre Lebensverhältnisse. Das erhöht die Wahrscheinlichkeit von Straftaten. Deutschland bildet keine Ausnahme – die Kriminalitätsbelastung ist in Ballungsräumen tendenziell höher.

Wie sich diese Belastung jedoch in ein Unsicherheitsgefühl übersetzt, ist komplex. Oft geht eine höhere Kriminalitätsrate

mit stärkerem Unsicherheitsgefühl einher – aber nicht immer. Eine Studie des DIW Berlin zeigt, dass dies besonders in Zeiten gesellschaftlicher Veränderungen gilt. Zudem bestehen regionale Unterschiede: Regionen mit hoher Kriminalitätsbelastung sind oft jene, in denen sich Menschen unsicherer fühlen. Dies ist aber nicht zwingend so: In Großstädten fällt auf, dass trotz höherer Belastung das Sicherheitsempfinden oft im mittleren Bereich liegt.

Auch die Frage, wer sich unsicher fühlt, ist gesellschaftlich ungleich verteilt. Erhebungen zeigen, dass sich Männer im Durchschnitt sicherer fühlen als Frauen, Jüngere sicherer als Ältere. Menschen mit höherem Einkommen fühlen sich sicherer, Menschen mit Migrationshintergrund eher unsicherer. Das zeigt wieder, wie schwierig pauschale Aussagen sind. Unsicherheitsgefühle sollten ernst genommen, aber nicht in vereinfachende Narrative münden.

Das komplexe Thema Gewalt gegen Frauen, das in der „Stadtbild“-Debatte einerseits durch den Satz „Fragen Sie Ihre Töchter“, andererseits in den Reaktionen darauf mitschwingt, verdient eine eigenständige Betrachtung. Gewalt gegen Frauen hat viele Dimensionen: Sexuelle Gewalt, Übergriffe und Belästigungen im öffentlichen Raum, aber auch partnerschaftliche und familiäre Gewalt im privaten Umfeld. Jede einzelne Dimension braucht gezielte politische Ansätze – mehr als verallgemeinernde Verweise in einer übergreifenden Sicherheitsdebatte.

Am Ende lässt sich festhalten: Es ist kompliziert. Wenn es um die Faktoren geht, die bestimmen, wie sicher oder unsicher sich Menschen fühlen, gibt es keine einfachen Antworten. Menschen, die im selben Land, im selben Landkreis oder Stadtviertel leben, haben unterschiedliche Wahrnehmungen von Sicherheit und Kriminalität. Eine verantwortungsvolle Debatte sollte Ängste der Menschen ernst nehmen, differenzieren statt pauschalisieren und aufklären statt vereinfachen. So lässt sich Vertrauen schaffen – und Raum für Lösungen auf Basis einer sachlichen Auseinandersetzung mit wichtigen gesellschaftlichen Fragen.



DIW Berlin — Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e. V.
Anton-Wilhelm-Amo-Straße 58, 10117 Berlin

www.diw.de

Telefon: +49 30 897 89-0 E-Mail: kundenservice@diw.de

92. Jahrgang 5. November 2025

Herausgeber*innen

Prof. Anna Bindler, Ph.D.; Prof. Dr. Tomaso Duso; Sabine Fiedler; Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.; Prof. Dr. Peter Haan; Prof. Dr. Claudia Kemfert; Prof. Dr. Alexander S. Kritikos; Prof. Dr. Alexander Kriwoluzky; Prof. Karsten Neuhoﬀ, Ph.D.; Prof. Dr. Sabine Zinn

Chefredaktion

Prof. Dr. Pio Baake; Claudia Cohnen-Beck; Sebastian Kollmann;
Kristina van Deuverden

Lektorat

Prof. Dr. Philipp M. Lersch

Redaktion

Dr. Hella Engerer; Petra Jasper; Adam Mark Lederer;
Frederik Schulz-Greve; Sandra Tubik

Gestaltung

Roman Wilhelm; Stefanie Reeg; Eva Kretschmer, DIW Berlin

Umschlagmotiv

© imageBROKER / Steffen Diemer

Satz

Satz-Rechen-Zentrum Hartmann + Heenemann GmbH & Co. KG, Berlin

Der DIW Wochenbericht ist kostenfrei unter www.diw.de/wochenbericht
abrufbar. Abonnieren Sie auch unseren Wochenberichts-Newsletter unter
www.diw.de/wb-anmeldung

ISSN 1860-8787

Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit
Quellenangabe und unter Zusendung eines Belegexemplars an
den Kundenservice des DIW Berlin zulässig (kundenservice@diw.de).